

RESOLUTION ZUR GRÜNEN WOCHEN (GW) 2026

GESETZESENTWURF ZU NEUEN GENTECHNIKEN ABLEHNEN!





RESOLUTION ZUR GRÜNEN WOCHEN (GW) 2026

GESETZESENTWURF ZU NEUEN GENTECHNIKEN ABLEHNEN!

Die vorläufigen Verhandlungen zur neuen Gesetzgebung zum Umgang mit neuen Gentechniken (NGT) wie CRISPR/Cas (NGT) in der EU wurden Ende 2025 beendet, Europaparlament und EU-Ministerrat müssen nun darüber abstimmen.

Wir stehen zusammen für Gentechnikwahlfreiheit, Umwelt- und Verbraucherschutz: Verbände, Organisationen, Institutionen und Stiftungen aus den Bereichen Umwelt-, Tier- und Naturschutz, Entwicklungspolitik, Kirchen, Verbraucherschutz, soziale Gerechtigkeit, Landwirtschaft, Züchtung, Saatguterzeugung, Erhaltung der Nutztier- und Kulturpflanzenvielfalt, Lebensmittelwirtschaft, Lebensmittelhandwerk und Imkerei sowie Jugendbewegungen, Initiativen aus der Klimaschutzbewegung und aus den Bewegungen für sozial und ökologisch verantwortungsvolle Ernährungssysteme.

Gemeinsam setzen wir uns für die Einhaltung des europäischen Vorsorgeprinzips und für den Schutz der gentechnikfreien konventionellen und ökologischen Lebensmittelerzeugung – vom Saatgut bis zum Teller – ein. Auch Neue Gentechnik ist Gentechnik: Nur wenn die europäischen Gentechnikregeln für alle Gentechnikverfahren gelten, können Umwelt, Verbraucher*innen und die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft geschützt werden.

Wir stehen für Entscheidungsfreiheit und Transparenz für alle, Kennzeichnung bis zum Endprodukt, für verpflichtende Risikoprüfung aller Gentechnik-Organismen, für verpflichtende Nachweisverfahren und Rückholbarkeit sowie verpflichtende und wirksame Koexistenz- und Haftungsregelungen, ein globales Register und das Verbot von Patenten auf Lebewesen. Der Vorschlag für ein neues Gentechnikgesetz bricht mit diesen Errungenschaften der EU.

Wir fordern alle verantwortlichen Politiker*innen in Deutschland und im Europaparlament auf, dem ausgehandelten Gesetzesvorschlag für eine künftige Gentechnik-Deregulierung nicht zuzustimmen.

Denn die folgenden relevanten Forderungen für Wirtschaftsbeteiligte, Verbraucher:innen sowie Natur- und Umweltschutz sind im Gesetzesvorschlag nicht berücksichtigt.



RESOLUTION ZUR GRÜNEN WOCHEN (GW) 2026

GESETZESENTWURF ZU NEUEN GENTECHNIKEN ABLEHNEN!

WIR FORDERN:

● **Risikoprüfung**

Vor einer Freisetzung müssen alle NGT-Pflanzen auch weiterhin in Zulassungsverfahren umfassend in einer Einzelfallprüfung auf Risiken geprüft werden. Diese Prüfung muss auch die technologiebedingten Risiken, einschließlich unbeabsichtigter Effekte, umfassen. Nur so wird das europäische Vorsorgeprinzip gewahrt und die biologische Vielfalt vor irreversiblen Schäden geschützt. Wildpflanzen müssen ausgenommen werden.

● **Entscheidungsfreiheit & Transparenz**

Verbraucher*innen, Bäuer*innen, Imker*innen, Züchter*innen, Saatguterzeugung, lebensmittelverarbeitende Unternehmen und Lebensmittelhandel müssen auch weiterhin selbstbestimmt entscheiden können, ob sie gentechnisch veränderte Produkte züchten, anbauen, verfüttern, verarbeiten, handeln oder essen wollen. Dafür braucht es die Möglichkeit zur lückenlosen Nachverfolgung inkl. Nachweisverfahren, Referenz- und Kontrollmaterial für alle gentechnisch veränderten Organismen (GVO) sowie daraus hergestellter Lebens- oder Futtermittel über die gesamte Produktions- und Lieferkette.

● **Kennzeichnung**

Die Kennzeichnungspflicht entlang der gesamten Wertschöpfungskette bis zum Endprodukt muss erhalten bleiben. Sie ist die Voraussetzung für Entscheidungsfreiheit und Verbraucherschutz. Deshalb fordern wir eine durchgängige, klar erkennbare und verpflichtende Kennzeichnung als Gentechnik, vom Saatgut bis zu den Verbraucher*innen.

● **Koexistenz und Haftung**

Verpflichtende EU-weit einheitliche und strikte Koexistenzregeln sind notwendig, damit verlässlich gentechnikfrei gewirtschaftet werden kann. Die Grundvoraussetzung muss neben der lückenlosen Kennzeichnungspflicht eine verschuldensunabhängige und gesamtschuldnerische Haftungsregelung sein. Es ist inakzeptabel, dass Betriebe, die keine Gentechnik anwenden wollen, für mögliche Schäden durch Verunreinigung oder Umweltschäden haften müssen. Ergänzend müssen Maßnahmen wie Standortregister, Abstandsregelungen zwischen gentechnikfreiem und GVO-Anbau und Regeln zur Trennung von Warenströmen gesetzlich gesichert werden. Die Belastung darf nicht auf diejenigen verlagert werden, die keine Gentechnik anwenden wollen.



RESOLUTION ZUR GRÜNEN WOCHEN (GW) 2026

GESETZESENTWURF ZU NEUEN GENTECHNIKEN ABLEHNEN!

● **Patente**

Die Erteilung von Patenten auf Lebewesen muss verboten werden. Konzerne dürfen sich weder die Jahrtausende andauernde züchterische Arbeit von Bäuer*innen und regionalen Züchter*innen noch die evolutionäre Entwicklung natürlich vorkommender Pflanzeigenschaften aneignen. Die freie Verfügbarkeit von Sorten und genetischen Ressourcen zur Weiterzucht muss gewährleistet bleiben. Solange keine rechtssicheren Verbote auf Patente für NGT-Pflanzen und Produkte umgesetzt sind, darf der Gesetzesvorschlag nicht angenommen werden.

● **Nachweisverfahren**

Nachweisverfahren müssen Voraussetzung eines Zulassungsverfahrens bleiben, sowohl für Anträge zum Anbau als auch zum Import von NGT (inkl. NGT1). Unternehmen müssen weiterhin gesetzlich verpflichtet bleiben, entsprechende Nachweisverfahren für ihre NGT-Produkte zu entwickeln und bereitzustellen. Neueste wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass ein genetischer Fingerabdruck und damit ein Nachweis möglich ist. Das ist wichtig für die Rückverfolgbarkeit.

● **Monitoring und Rückholbarkeit**

Die Freisetzung von GVO in die Umwelt ist eine Entscheidung, die über Generationen wirkt. Die Möglichkeit zur Entfernung gentechnisch veränderter Pflanzen aus der Umwelt, aus dem Saatgut und unseren Lebensmitteln muss gewährleistet sein, falls negative Auswirkungen auf die Umwelt, die Artenvielfalt oder Menschen und Tiere auftreten. Dazu bedarf es eines langfristigen Monitorings und der Überwachung der komplexen Wechselwirkungen zwischen gentechnisch veränderten Pflanzen mit neuen Eigenschaften und der Umwelt. Zudem braucht es verpflichtende Maßnahmen im Schadensfall.

● **Register**

Ein globales, öffentlich zugängliches Register muss eingerichtet werden, in dem umfassende Informationen über alle freigesetzten, angebauten oder vermarkteten GVO, einschließlich ihrer veränderten DNA-Sequenz, gelistet werden. Auch ein Standortregister für Freisetzungen, wie es bisher in Deutschland vorgegeben ist, muss weitergeführt werden.

Aus diesen Gründen fordern die Unterzeichner*innen, dass das Europaparlament und die Bundesregierung dem aktuellen Gesetzestext nicht zustimmen.

Sollte der inakzeptable Gesetzesvorschlag dennoch durchkommen, fordern wir alle politischen Entscheider*innen auf, dafür zu sorgen, dass Deutschland alle Möglichkeiten ausschöpft, um die Gentechnik-Wahlfreiheit zu sichern.



RESOLUTION ZUR GRÜNEN WOCHEN (GW) 2026

GESETZESENTWURF ZU NEUEN GENTECHNIKEN ABLEHNEN!

UNTERZEICHNENDE ORGANISATIONEN

- Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e. V.
- Aurelia Stiftung
- Aktion 3. Welt Saar e. V.
- Biokreis e. V.
- Bioland e. V.
- BNN.next
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e. V.
- Bund Naturschutz in Bayern (BN) e. V.
- Bundesverband Naturkost Naturwaren (BNN) e. V.
- Bündnis für gentechnikfreie Landwirtschaft Niedersachsen, Bremen, Hamburg
- Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) e. V.
- Bündnis für eine agrogentechnikfreie Region (um) Ulm gegen BAYER-Gefahren (CBG) e. V.
- De Immen e. V.
- Demeter e. V.
- Deutscher Berufs und Erwerbs Imker Bund (DBIB) e. V.
- Deutscher Naturschutzring e. V.
- Deutscher Tierschutzbund e. V.
- Deutsche Umwelthilfe e. V.
- Die Freien Bäcker e. V.
- Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg (FÖL) e. V.
- Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) e. V.
- Gen-ethisches Netzwerk e. V.
- Greenpeace e. V.
- Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit (IG Saatgut)
- Interessengemeinschaft gegen Nachbaugebühren, IG Nachbau (IGN)
- Junges Bioland e. V.
- Junges Demeter
- junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (jAbL) e. V.
- Katholische Landvolkbewegung Deutschland
- Junger Biokreis
- Naturland – Verband für ökologischen Landbau e. V.
- Naturland Next Farmers
- Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e. V.
- Neuer Imkerbund (NIB) e. V.
- Neuland e. V.
- Save Our Seeds
- Slow Food Youth
- Slow Food Deutschland e. V.
- Stiftung GEKKO
- Umweltinstitut München e. V.
- Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) e. V.
- Verband Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG) e. V.
- Vereinigung Ökologischer Landbau in Hessen (VÖL) e. V.
- Yeşil Çember – ökologisch interkulturell gGmbH
- Zukunftsstiftung Landwirtschaft

RESOLUTION ZUR GRÜNEN WOCHEN (GW) 2026

GESETZESENTWURF ZU NEUEN GENTECHNIKEN ABLEHNEN!

